

## Anlage

### **Städtepartnerschaft mit Petrosawodsk vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs**

#### **Stellungnahme**

Tübingen unterhält seit 1989 eine Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Petrosawodsk in Karelien. Sie wurde explizit als Friedensprojekt begründet – um hinter den damals noch existierenden „Eisernen Vorhang“ zu blicken und mit den Menschen in Kontakt zu kommen, um für Verständnis und Aufklärung in politisch angespannten Zeiten zu sorgen und durch Begegnung den Frieden zu sichern. Dies ist immer das Selbstverständnis von Städtepartnerschaften und galt insbesondere für Petrosawodsk und Tübingen.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion standen die Reisemöglichkeiten in die östliche Partnerstadt offen. In den folgenden Jahren brachen viele hundert Menschen in beiden Städten auf, um einander zu besuchen und kennenzulernen. Anfangs wurden zudem viele Hilfstransporte organisiert, die den Menschen in der vom Umbruch betroffenen Region solidarisch Hilfe leisteten. Nicht nur die Stadt, auch viele Organisationen beteiligten sich, wie beispielsweise das Rote Kreuz und die Stadtwerke Tübingen, deren Verbindung zu den Versorgungswerken in Petrosawodsk bis heute besteht. Die Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde stiftete eine Thorarolle nach Petrosawodsk, um die dortige jüdische Gemeinde bei ihrer Neugründung zu unterstützen.

Bis zur Corona-Pandemie war die Partnerschaft mit Petrosawodsk eine der lebendigsten der Tübinger Bürgerschaft. Jedes Jahr gab es einen Schulaustausch, Chöre, Kulturschaffende, Vertreter\_innen von Politik und Verwaltungen und Bürger\_innen reisten zwischen den Städten hin und her. Gerade am bürgerschaftlichen Austausch hat etwa die West-Ost-Gesellschaft einen hohen Anteil. Das Politikwissenschaftliche Institut der Universität Tübingen führt seit einigen Jahren gemeinsam mit den Kolleg\_innen in Petrosawodsk Seminare und einen Sommerkurs durch, der in beiden Städten veranstaltet wird und die Ausprägung einer starken Zivilgesellschaft zum Thema hat. Auch die Stadtverwaltung setzt eigene Akzente: So wurde zuletzt ein Fachaustausch zur Geschichtsvermittlung durchgeführt, der explizit die Komplexität der Vermittlung der eigenen – teils schwierigen – Geschichte in Museen und Schulen zum Inhalt hatte. Im Pandemiejahr 2021 wurde erstmalig ein rein digitaler Jugendaustausch durchgeführt, bei dem über viele Sitzungen ein enger Kontakt zwischen den Jugendlichen entstanden ist und über wichtige historische Orte der Städte gesprochen wurde.

Dies alles sind Beispiele für eine aktive Arbeit im Sinne der Völkerverständigung – der Grundidee von Städtepartnerschaften. Die Universitätsstadt Tübingen ist überzeugt, dass insbesondere durch den direkten Kontakt und die vielen Begegnungen Perspektiven eröffnet und gegenseitiges Verständnis für das Denken und Handeln der Partner geschaffen werden kann.

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sind diese Verbindungen infrage gestellt. Niemand unterstützt ein Regime, welches einen Angriffskrieg in Europa führt. Und wir können nicht nur Präsident Putin die Verantwortung für diesen Krieg geben. Auch in Petrosawodsk sitzt die Putin-Partei

Einiges Russland an den Hebeln der Macht, stellt sie den Bürgermeister und den Gouverneur. Auch zivilgesellschaftliche Projekte zwischen den Universitäten sind letztlich Projekte zwischen staatlichen Einrichtungen. Selbst die meisten NGOs ins Petrosawodsk leben von Zuschüssen von Stiftungen und Landesmitteln. Wie die Bürger\_innen von Petrosawodsk zu diesem Angriffskrieg stehen, können wir angesichts der Einschränkungen von Informations- und Pressefreiheit nicht abschließend beurteilen.

Zugleich sind sich selbst Expert\_innen uneins in der Bewertung der Situation. Teils wird ein Abbruch oder gar eine Aufkündigung der Partnerschaft gefordert, um deutlich zu zeigen, dass man Kriegstreiber nicht unterstützt. Es wird aber auch appelliert, in Verbindung zu bleiben, den Dialog aufrecht zu erhalten und Russland nicht in eine komplette Isolation und Abschottung zu treiben.

Oberbürgermeister Vladimir Lyubarsky aus Petrosawodsk hat nun auf das Schreiben von Oberbürgermeister Boris Palmer von Ende Februar geantwortet. In seinem Brief wirbt er dafür, die Beziehungen nicht abreißen zu lassen. Er erkennt die „schwierigsten Zeiten“ an – einen Krieg gibt es nach offizieller Lesart in Russland schließlich nicht – und stellt die Bedeutung der Partnerschaft für die Menschen in den Vordergrund: „Die Verwaltung von Petrosawodsk unterstützt den Wunsch, freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Städten zu pflegen. Die Methoden der People-to-People-Diplomatie sollten auch in den schwierigsten Zeiten funktionieren, wenn sie wirklich gebraucht werden und am wichtigsten sind. Wir müssen die Brücken, die in den letzten dreiunddreißig Jahren gebaut wurden, erhalten und an die nächsten Generationen unserer Städte weitergeben.“

Die Verwaltung hat den Tübinger Politikwissenschaftler Dr. Rolf Frankenberger um eine Einschätzung dieser Antwort gebeten, ihm liegt der Brief vor. Er sieht in den Formulierungen die vorsichtig formulierte Bitte, Brücken nicht abzureißen, und konstatiert: „Auch wenn die Beziehungen zwischen Staaten aufgrund von Kriegen und Krisen hochgradig schwierig und problematisch sind, so sind die Beziehungen und Kontakte zwischen den Menschen die Hoffnung und Grundlage für bessere, friedlichere Zeiten. Einmal erbaute Brücken wie der Städtepartnerschaften sind oft stabiler als die Autobahnen der Diplomatie, wenn Völkerverständigung jenseits der high politics auch gelebt werden soll. Daher ist es ein positives Signal, dass die Stadt Petrosawodsk und ihr Bürgermeister Vladimir Lyubarsky die Beziehungen zu Tübingen wertschätzen und aufrechterhalten möchten.“

Mit jedem Bericht von Gräueltaten, insbesondere nach jenen aus Butscha, wird es allerdings schwieriger, mit gutem Gewissen die Beziehungen aufrecht zu erhalten. In diesem Spannungsfeld bewegt sich momentan die Partnerschaft mit Petrosawodsk. Aktuell finden keine gemeinsamen Projekte mit Petrosawodsk statt. Solange es Krieg in der Ukraine gibt, wird die Stadtverwaltung aber Anfragen insbesondere aus der Zivilgesellschaft in jedem Einzelfall genau prüfen, um sicher zu stellen, dass der Austausch zum aktuellen Zeitpunkt sinnvoll ist.

So wird etwa die Vergabe eines Stipendiums für die Internationalen Sommerkurse der Universität Tübingen nach längerer Abwägung in diesem Jahr abgesagt; dieses seit vielen Jahren existierende Angebot steht beispielhaft für die Zerreißprobe, vor der die Partnerschaft steht: Zum einen sollte gerade jetzt der Austausch von jungen Menschen gefördert und auch Personen aus Petrosawodsk eine Reise ermöglicht werden – um einer Isolation und auch der einseitigen russischen Propaganda

entgegen zu wirken. Allerdings kann ein Stipendium nicht an eine persönliche Gewissensprüfung oder Stellungnahme zum Krieg gebunden werden, und natürlich soll niemand unterstützt werden, der hier in Deutschland den Krieg verteidigt und Propaganda verbreitet. Zum anderen möchten wir auch unsere Gäste und Partner schützen: Öffentliche Äußerungen gegen den Krieg führen bekanntermaßen zu Strafen und Gefängnis in Russland – dies nun einzufordern, würde unsere Partner in erhebliche Schwierigkeiten bringen.

Die Universitätsstadt Tübingen wird also, solange der Krieg in der Ukraine andauert, die partnerschaftlichen Kontakte nach Petrosawodsk nicht aktiv betreiben. Sie ist aber überzeugt, dass auch in dieser Zeit Gesprächskanäle offengehalten werden müssen und dass ein vollständiger Abbruch von städtepartnerschaftlichen Beziehungen ein falsches Signal insbesondere an jene Menschen in Verwaltungen und Zivilgesellschaft wäre, denen an Frieden und Verständigung gelegen ist, die den Krieg in der Ukraine und die Putin'sche Politik auch in Russland kritisieren. Städtepartnerschaften verbinden nicht nur Verwaltungen und offizielle Stellen, sondern vor allem Menschen.